

# Mehr deutsche Soldaten in UN-Friedensmissionen? Nein!

Stefan Liebich



**Stefan Liebich**, geb. 1972, ist seit dem Jahr 2009 Mitglied des Bundestages für die Partei Die Linke und dort Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

Ich stimme dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu, wenn er sagt, unser Land solle Außenpolitik nicht nur von der Seitenlinie aus betreiben. Deutschland ist eine große und wichtige europäische Volkswirtschaft, es muss sich dieser Rolle bewusst sein und entsprechend handeln – nicht nur in Europa, sondern in einer immer stärker globalisierten Welt auch über Europa hinaus.

Ich stimme nicht zu, wenn dies bedeutet, vor allem mehr Soldaten in alle Welt entsenden zu wollen. Diesbezüglichen Plänen der Bundesregierung hat neben Frank-Walter Steinmeier auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen das Wort geredet. Und auch Bundespräsident Joachim Gauck hat sich auf der Münchener Sicherheitskonferenz entsprechend geäußert. Es ist der falsche Weg, der da eingeschlagen werden soll.

Deutsches internationales Engagement, sei es in Afrika oder in anderen Teilen der Welt, darf nicht an der Zahl der Soldaten gemessen werden, die wir bereit sind, ins Ausland zu schicken. Deutsches Engagement sollte vor allem daran gemessen werden, wie sehr wir bereit sind, in den Frieden zu investieren. Frieden sichern, soziale Ungleichheiten bekämpfen, Menschen befähigen, ihr Leben selbstständig zu leben und Ländern ermöglichen, sich unabhängig von Finanzhilfen aus Europa zu organisieren, das müssen die Kernbotschaften deutscher Außenpolitik sein.

Die Sicherung des Friedens ist meines Erachtens immer auch eine Kernaufgabe der Vereinten Nationen. In Verantwortung der UN gab und gibt es diverse wichtige Missionen. Zu diesen zähle ich den ›Blauhelm-Einsatz‹ auf Zypern, der seit Jahren den Waffenstillstand auf der Mittelmeerinsel mit Erfolg absichert. Die Nutzung militärischer Strukturen zur humanitären Hilfe kann auch in anderer Form zum Tragen kommen. Eine Luftbrücke im Rahmen einer Mission der Vereinten Nationen nach Kapitel VI UN-Charta, um Menschen in Gewaltkonflikten mit Medikamenten und Lebensmitteln zu versorgen, wäre eine solche Aufgabe deutscher Einsatzkräfte, die ich unterstützen würde.

Jeder Fall ist anders, eine pauschale Antwort kann es nicht geben. Und deshalb kann die Frage, ob zukünftig mehr oder weniger deutsche Soldaten in Friedensmissionen der Vereinten Nationen entsandt werden sollten, nicht einfach nur mit Ja oder Nein beantwortet werden. Das zentrale Kriterium für die Entscheidung, ob Soldaten in ein anderes Land entsandt werden, ist die konkrete Aufgabenstellung.

Aus meiner Sicht muss sich Deutschland deutlich mehr im zivilen Aufbau engagieren. ›Multidimensionale Friedenssicherung‹, wie es die Vereinten Nationen

nennen, ist etwas, das es zu unterstützen gilt. Hierbei wird in der Übergangsphase nach Konflikten die Einhaltung von Friedensvereinbarungen überwacht und es wird beim Aufbau von demokratischen Institutionen wie Parlamenten und Regierungen geholfen. Die Entwaffnung von Konfliktparteien wird begleitet und vorangetrieben und Verwaltungspersonal ausgebildet. Dafür braucht es aber nicht notwendigerweise weitere deutsche Soldaten, sondern vor allem zivile und finanzielle Unterstützung. Noch nie in der 61-jährigen Geschichte der UN waren so viele Menschen für friedenserhaltende Missionen im Einsatz wie in den vergangenen Jahren. Und angesichts der aktuellen Lage in der Welt scheint sich diese Tendenz eher noch fortzusetzen.

»Deutschland kann nicht wegschauen, wenn Morde geschehen und vergewaltigt wird«, sagte Ursula von der Leyen kürzlich und begründet damit mehr Engagement von deutschem Militär weltweit. Aber genau das ist der Fehler, denn Deutschlands Aufgabe muss es sein, zu handeln, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Eine kluge Außenpolitik wirkt präventiv bei drohenden Gewaltkonflikten. Der Stopp von Waffenexporten in Krisenregionen, die Hilfe zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Unterstützung bei der Überwindung von Religionskonflikten wären ein erster Schritt. Dann brauchen wir später auch nicht mehr dauernd darüber reden, deutsche Soldaten ins Ausland zu schicken.

Ein aktuelles Beispiel ist die Situation in der Zentralafrikanischen Republik. Anfang des Jahres entsandte Frankreich in einem dubiosen Verfahren Soldaten in das Land und forderte dann nachträglich die Unterstützung der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und Deutschlands ein. Es war ursprünglich kein Religionskonflikt, zu Beginn der Auseinandersetzungen taten sich beispielsweise junge Christen zusammen, um Moscheen zu schützen, damit Muslime unbehelligt ihrem Gebet nachgehen konnten. Es war letztlich vor allem die schwierige wirtschaftliche Situation, die die Menschen in den Konflikt trieb. Schon als sich abzeichnete, dass die Rebellen der Séléka die prekäre Lage im Land für ihre Zwecke missbrauchen wollen, wäre ein Eingreifen der Welt sinnvoll gewesen, mit Hilfen zum interreligiösen Dialog, mit Entwaffnung, mit Unterstützung für wirtschaftlichen Erfolg. Denn es sind vor allem junge Männer in der Zentralafrikanischen Republik, in Somalia oder auch in Nigeria, die sich aus Verzweiflung über ihre soziale Not den Rebellentruppen anschließen.

Die Ursachen derartiger Konflikte künftig frühzeitig zu erkennen, zu benennen und zu bekämpfen, sollte das Kernanliegen der Bundesregierung in der Außenpolitik werden. Dann gern auch jenseits der Seitenlinie.